

Musterlösung — Fall 14

Radarwarner-Werkstattvertrag mit Aufrechnung und Eigentumserwerb

Übung für Fortgeschrittene | SS 2026 | Lehrstuhl Prof. Dr. Eve Pohlmann-Wittfeldt

Az.: Lehrstuhl Pohlmann ÜBG-SS2026-Fall-14

Frage 1: Werklohnanspruch § 631 BGB

I. Obersatz. K könnte gegen G einen Anspruch auf Zahlung von 420 EUR aus § 631 Abs. 1 BGB haben, wenn ein wirksamer Werkvertrag vorliegt.

II. Werkvertrag. K und G haben sich am 3. März 2026 mündlich über den Einbau des Radarwarngeräts gegen 420 EUR geeinigt. Angebot und Annahme liegen vor (§§ 145 ff. BGB). Ein Werkvertrag i.S.d. § 631 BGB ist geschlossen.

III. Nichtigkeit gemäß § 134 BGB? § 134 BGB erklärt ein gegen ein gesetzliches Verbot verstoßendes Rechtsgeschäft für nichtig. § 23 Abs. 1c StVO verbietet dem Fahrzeugführer die Benutzung von Radarwarngeräten. Ob dieses Verbot auch den Einbauvertrag erfasst, ist umstritten.

Ansicht 1 (Nichtigkeit, Larenz): Der Schutzzweck des § 23 StVO erstreckt sich teleologisch auf den vorbereitenden Einbauvertrag.

Ansicht 2 (Wirksamkeit, Medicus): Das Verbot richtet sich nur an den Nutzer. BGH VII ZR 235/15 (Schwarzarbeit) ist wegen fehlendem beiderseitigem Verstoß nicht übertragbar.

Stellungnahme: Ansicht 2 verdient Vorzug. § 134 BGB setzt ein unmittelbar an K gerichtetes Verbot voraus. K verstößt durch den Einbau nicht selbst gegen § 23 StVO. Der Vertrag ist wirksam.

IV. Ergebnis: K hat einen Anspruch auf 420 EUR aus § 631 Abs. 1 BGB.

Frage 2: Bereicherungsanspruch §§ 812 ff. BGB (Hilfsprüfung)

Nur relevant bei Bejahung der Nichtigkeit nach Frage 1. § 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 BGB: G hat das Gerät durch Leistung des K ohne Rechtsgrund erlangt.

§ 817 S. 2 BGB: K hat wissentlich die Vorbereitung der verbotenen Nutzung unterstützt. Dem Leistenden fällt selbst ein Verstoß zur Last. Der Bereicherungsanspruch ist gesperrt.

Frage 3: Aufrechnung § 387 BGB

Gegenseitigkeit, Gleichartigkeit, Fälligkeit und Erfüllbarkeit liegen vor. Aufrechnungserklärung zugegangen. Folge: § 389 BGB — Erlöschen in Höhe von 150 EUR. Verbleibend: 270 EUR.

Frage 4: Eigentum §§ 929 ff. BGB

Das Radarwarngerät ist kein wesentlicher Bestandteil (§ 93 BGB). Rechtsgeschäftlicher Eigentumserwerb nach § 929 BGB: Einigung und Übergabe liegen vor. Abstraktionsprinzip: Eigentumsübergang unabhängig vom Kausalgeschäft. G ist Eigentümer. Kondiktionsanspruch § 951 BGB scheitert an § 817 S. 2 BGB.

Gesamtergebnis

Frage	Anspruch / Ergebnis	Betrag
1 — § 631 BGB	Besteht	420 EUR
3 — Aufrechnung § 387	Wirksam, Erlöschen	150 EUR
Verbleibend		270 EUR
2 — §§ 812/817 (Hilfs)	Gesperrt § 817 S. 2	—
4 — §§ 929 ff.	G Eigentümer	—

Quellen: BGB §§ 134, 138, 387, 631, 812, 817, 929 ff. (dejure.org); BGH VII ZR 235/15 (bundesgerichtshof.de / openjur.de); Larenz, Methodenlehre; Medicus, BGB AT.